

Das Würmtal

Redaktion: Tel. (089) 893 56 59-0
wuermtal@merkur.de

MITTWOCH, 3. JULI 2024

Anzeigen und Zustellung: Tel. (089) 53 06-222

IN KÜRZE

BMW kollidiert mit Audi: 50 000 Euro Schaden

Gräfelfing – Ein Verkehrsunfall mit hohem Sachschaden hat sich am Montagmorgen in Gräfelfing ereignet. Nach Angaben der Polizei war gegen 14.20 Uhr ein 37-jähriger Münchner mit seinem BMW X3 die Straße Am Kirchhölzl im Gewerbegebiet in nördliche Richtung gefahren. In seinem Auto befanden sich zwei weitere Personen. Zeitgleich war ein 53-jähriger Mann aus dem Landkreis Freising mit seinem Audi A4 die Seeholzenstraße in westliche Richtung gefahren. An der Kreuzung mit dem Kirchhölzl hatte er Vorfahrt. Dies missachtete der BMW-Fahrer, und es kam zur Kollision. Dabei wurden beide Autos so stark beschädigt, dass sie abgeschleppt werden mussten. Die Polizei Planegg beziffert den Gesamtschaden auf rund 50 000 Euro. Verletzt wurde niemand. ms

Künstliche Intelligenz und Bildung

Neuried – Zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung rund um das Thema Künstliche Intelligenz (KI) und Bildung lädt der Neurieder SPD-Ortsverein für Donnerstag, 11. Juli, ein und stellt die Frage: „Was wird aus der Schule?“ Beginn ist um 19.30 Uhr im Wirtshaus Lorber, Gautinger Straße 12. Zu Gast ist Rainer Oesmann, Informatiker am Leibniz-Rechenzentrum. „Deutschland hat ein international sehr angesehenes Bildungssystem. Leider ist dieses System eher träge, wenn es darum geht, sich zeitnah an geänderte Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft anzupassen“, schreibt die SPD in einer Pressemitteilung. Dies habe sich während der Corona-Krise am Stand der Digitalisierung gezeigt. Parallel dazu habe die Pisa-Studie 2023, bei der Deutschland so schlecht wie noch nie abgeschnitten habe, gezeigt, dass es auch an den Lerninhalten hapere. „Und jetzt steht die nächste Herausforderung an: ChatGPT – der angebliche Heilsbringer für alles und jeden aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz. Was heißt das für unser Schulsystem – für Lehrkräfte, Lernende und auch für die Bildungsinhalte?“, so die SPD, die auf einen regen Austausch setzt. mm

Gräfelfing glänzt auf Landesgartenschau

„In unserem Traumcafé herrschte stets reger Betrieb, und bei Kaffee und Kuchen konnten wir mit den Menschen gut ins Gespräch kommen und viel Hintergrundinformation liefern, die unserer Sache dient“, sagt Sibylle Madadkar (2.v.r.). Ihr Verein „Traumwerker“ war eine der vielen Attraktionen, die bei den vier „Gräfelfing-Tagen“ auf der Landesgartenschau die Gartenstadt in all ihrem Facettenreichtum präsentierten. Darüber freuten sich nicht nur die zahlreichen Besucher, sondern auch Bürgermeister Peter Köstler (l.), der gerne einen Bio-Espresso vom Traumcafé genoss. Was es am Gräfelfing-Stand sonst noch zu sehen gab: **» SEITE 35**

MM/GEMEINDE GRÄFELFING



Strafanzeige: Fahrrübungen in Kiesgrube Glück

Planegg – Nach diversen Anschlägen auf Anlagen der Firma Glück reagieren Polizei und das Kies-Unternehmen kompromisslos auf unbetene Gäste im Werksbereich. Mehrere Personen müssen nun mit einem Strafverfahren wegen Hausfriedensbruchs rechnen. Wie die Polizei Planegg bekannt gab, erhielten die Beamten am Sonntag gegen 15 Uhr die Mitteilung, dass sich auf dem Gelände der Kiesgrube Glück in der Fürstenrieder Straße mehrere Menschen unerlaubt aufhalten würden. Im Zuge einer Kontrolle trafen die Polizisten tatsächlich insgesamt vier Personen an, die sich ungenehmigt Zutritt zu dem Gelände verschafft hatten, und dort „mit Kraftfahrzeugen durchzuführen“, so die Polizei in ihrem Pressebericht. In den letzten Jahren hatten Unbekannte auf dem Werksgelände erhebliche Sachbeschädigungen angerichtet, die in einem Brandanschlag auf ein Kies-Förderband gipfelten. ms

Sechs Windräder für Klimaneutralität

Die Gemeinde Planegg kann es schaffen, bis 2040 klimaneutral zu werden. Dazu müssen jedoch die Bürger ihre Dächer für Fotovoltaik nutzen und sechs Windkraftanlagen errichtet werden. Das Klimaschutzkonzept umfasst 24 Maßnahmen.

VON NICOLE KALENDA

Planegg – Der Planegger Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung das Klimaschutzkonzept einstimmig freigegeben – gerade noch rechtzeitig, um es fristgerecht beim Fördergeber einzureichen. Nach Begutachtung durch die „Zukunft – Umwelt – Gesellschaft gGmbH“ (ZUG), einer Bundesgesellschaft und spezialisierten Projektträgerin für alle Themen rund um den Schutz von Umwelt, Natur und Klima, soll es voraussichtlich im Oktober vom Gemeinderat beschlossen werden.

Seit Herbst 2022 befasst sich der eigens dafür eingestellte

Klimaschutzmanager Jörg Degen mit der Erstellung des Konzeptes. Sein Fazit: „Planegg hat das Potenzial, einen Großteil des eigenen Stromverbrauchs selbst mit regenerativer Energie zu erzeugen.“ Er hält es für möglich, dass der Wärmebedarf über Fernwärme (Geothermie), Wärmepumpen und Nahwärmenetze gänzlich regenerativ gedeckt werden könnte. „Durch die Nutzung dieser Potenziale könnte Planegg seinen Treibhausgasausstoß kontinuierlich verringern und wie der gesamte Landkreis Klimaneutralität bis 2040 erreichen.“ Den Verkehr mit einbezogen, sei dies fünf Jahre später zu erwarten.

Den größten Jahresstromertrag verspreche die Windkraft: Sechs Anlagen ergäben 81 000 Megawattstunden. Die kürzlich im Gemeinderat vorgestellte Agri-Fotovoltaikanlage im Bürgermodell auf einem Acker nahe der Kompostieranlage wird in der Potenzialanalyse mit 192 Megawattstunden aufgeführt. Auf Planegger Dachflächen sieht Degen 190 000 Quadratmeter für Foto-

voltaik, für die 31 667 Megawattstunden Strom im Jahr veranschlagt sind, allerdings handelt es sich um die Gesamtheit der Planegger Dächer. Das heißt, die Bürger müssen mitmachen. Den Jahresstrombedarf 2040 schätzt Degen auf knapp 120 000 Megawattstunden, die Summe dessen, was nach Ausbau der potenziellen regenerativen Stromerzeugung erwirtschaftet werden kann, auf 120 379 Megawattstunden.

Im vergangenen Herbst hatte Degen dem Gemeinderat erstmals einen Überblick über mögliche Maßnahmen gegeben. Es folgte eine Umfrage unter den ortsansässigen Unternehmen sowie Workshops für deren Vertreter sowie interessierte Bürger. Mitte Juni stellte Degen den danach überarbeiteten Konzeptentwurf dem Gemeinderat nicht öffentlich vor, nun wurde er öffentlich behandelt. Von den ursprünglich 34 Maßnahmen blieben letztlich 24 übrig. Heraus fielen etwa die Schaffung von Biotopverbundstrukturen sowie von Natur-

wald. Aufgeteilt sind die Maßnahmen in sechs Handlungsfelder. Zu „Energie und nichtkommunale Gebäude“ gehört unter anderem die Errichtung von Windenergieanlagen für die regenerative Stromversorgung mit Bürgerbeteiligung, aber auch die Etablierung eines Fernwärmenetzes mit Energieversorgung durch Geothermie. Unter „Verwaltung und Liegen-

schaften“ sind zum Beispiel aufgeführt, ein kommunales Energiemanagement zu installieren sowie eine klimafreundliche Optimierung des Eiswunders. Hitzeschutzprogramm, Klimaanpassungsstrategien sowie Erhalt und Erhöhung von Biodiversität in Planegg fallen unter „Klimawandelanpassung, Natur und Umwelt“. „Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ beinhaltet die Unterstützung von Bedürftigen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sowie Müllvermeidung und Abfalltrennung.

Degen präsentierte außerdem eine Schätzung der Kosten, die bei der Umsetzung der Maßnahmen anfallen. Der Personalaufwand im Rathaus liege bei 1,5 Vollzeitstellen. Jährlich sei mit mindestens 330 000 Euro zu rechnen. Degen: „Der finanzielle Aufwand ist immer schwer abschätzbar.“

Die Gemeinderäte zeigten sich quer durch die Fraktionen begeistert. Angelika Lawo (gG21) sprach Degen ein „großes Lob“ aus: „Es war viel Arbeit von Ihnen und ein langer

gemeinsamer Prozess.“ Energie sei ein „Riesenthema“, Windkraft ein „Riesenfaktor“. Lawo weiter: „Ich wünsche mir, dass es beim Thema Mobilität vorangeht.“ Das Konzept sei eine Verpflichtung. Judith Grimme (Grüne) erklärte: „Ich hoffe, dass wir in die Umsetzung kommen und keine weiteren Papiertiger produzieren.“ Ihr Parteikollege Jürgen Peters sagte: „Wir haben alle gesehen, dass Klimaschutz nicht nur CO₂-Einsparung durch Geothermie ist. Es ist ein ganz komplexes Aufgabenfeld.“ Florian Zeller (FWD) regte eine Evaluierung an, um einmal im Halbjahr zu sehen, was umgesetzt worden sei. Und Adeline Spielder (CSU) sagte: „Ich bin heilfroh, dass wir es rechtzeitig geschafft haben.“

Die Maßnahmen selbst werden nicht gefördert, doch das Bundeswirtschaftsministerium fördert über ZUG Degens Stelle, die Workshops, die bisher stattfanden, und die Treibhausbilanz, die die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) im Auftrag der Gemeinde erstellt hat.

ZITAT DES TAGES

„Für uns war es ein voller Erfolg.“

Sibylle Madadkar, Vorsitzende der Traumwerker, die mit ihrem „Traumcafé“ den Gräfelfing-Stand auf der Landesgartenschau bereicherten.

ZAHL DES TAGES

157 066

Megawattstunden betrug der Heizwärmeverbrauch in Planegg im Jahr 2020. 34,7 Prozent entfallen hierbei auf die privaten Haushalte, 62,8 Prozent auf Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie, 2,5 Prozent auf kommunale Einrichtungen. Der Anteil Erneuerbarer Energie betrug hierbei 2,6 Prozent. Das geht aus der Statusquo-Bilanz im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes hervor.

Lärmschutzwand müsste drei Meter hoch sein

Anwohner der Reihenhaussiedlung Im Igelgarten leiden unter Verkehr – Schalluntersuchung vorgestellt

Gräfelfing – Eine drei Meter hohe Lärmschutzwand entlang der Planegger Straße auf Höhe der Reihenhaussiedlung Igelgarten wäre geeignet, den Lärm für die Anwohner dort zu senken. Das ist das Ergebnis einer schalltechnischen Untersuchung, die die Gemeindeverwaltung auf Wunsch von Bewohnern der Siedlung bei der Firma Accon in Auftrag gegeben hatte. Die Reihenhäuser an der Ecke der beiden Staatsstraßen Planegger Straße und Würmtalstraße sind durch den starken Verkehr erheblichem Lärm ausgesetzt. Nach Daten aus dem Jahr 2022 fahren in 24 Stunden auf der Planegger Straße über 11 000 Autos.

Das Ingenieurbüro hat nun die Wirksamkeit einer Lärmschutzwand von dem Anwesen Planegger Straße 9a in nördliche Richtung bis zum Reiheneckhaus Planegger Straße 3 überprüft. Ralph Kempki vom Büro Accon stellte in der jüng-

sten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität sein Fazit der Lärmberechnung vor. „Da es sich hier nicht um Neubauten handelt, haben wir sogenannte Lärmanierungswerte zur Berechnung herangezogen“, erläuterte Ralph Kempki auf Nachfrage. Das bedeutet, die Dezibel-Werte von 64 tagsüber und 54 nachts sind die Richtwerte. „Diese sind bei mindestens drei der Häuser direkt an der Straße und unmittelbar im Kreuzungsbereich zur Würmtalstraße überschritten“, so Kempki.

Für eine Lärmschutzwand untersuchten die Fachleute Wandhöhen von zwei, drei und vier Metern. Bei zwei Metern, erläuterte Ralph Kempki, waren die Pegelminderungen zu gering, um hörbare Wirkung zu entfalten. Empfehlen würde der Experte deshalb die drei Meter hohe Lärmschutzwand. Hier dezimierte sich der Pegel



Ab der Kreuzung Würmtalstraße könnte die Planegger Straße auf der Ostseite Lärmschutz bekommen. Die Anwohner wünschen sich das seit vielen Jahren.

DAGMAR RUTT

bis zu 6,7 dB (A) in den Berechnungen. Die Vier-Meter-Variante könnte ebenso eine Möglichkeit sein, allerdings führte Kempki in diesem Fall städte-

bauliche Bedenken an. Eine vier Meter hohe Wand im Ortsbild sei schon eine Hausnummer. Somit bliebe die Drei-Meter-Wand. Die müsse beidseitig

hochabsorbierend gestaltet werden, weiß der Fachmann.

Nicht geklärt ist unter anderem die Frage, wogegen so eine Lärmschutzwand platziert

werden könnte. Das Büro Accon ging bei seinen Berechnungen von einer Situierung auf der Grundstücksgrenze aus. Ob damit alle Eigentümer einverstanden wären, müsse eruiert werden, so Bürgermeister Peter Köstler. Wichtig sei auch, dass die Funktionalität des Gehwegs bestehen bleibt. Offen ist auch die Frage, wer die Kosten einer Lärmschutzwand tragen würde. Die Planegger Straße und die Würmtalstraße fallen als Staatsstraßen in den Zuständigkeitsbereich des Freistaats, während die Bürgersteige Eigentum der Gemeinde sind. Das Gremium fasste zunächst keinen Beschluss. Die Fraktionen sollten sich intern beraten, und Bürgermeister Köstler kündigte seinerseits weitere Gespräche mit den Anwohnern an. Bereits am morgigen Donnerstag soll sich der Fachausschuss des Gemeinderates erneut mit dem Thema befassen. **CAROLIN HÖGEL**